



Bericht aus Berlin

30. September 2022

Liebe Freundinnen und Freunde,

Krieg, Inflation und explodierende Energiepreise. Sabotageakte vor Bornholm zerstören wichtige unterseeische Lebensadern der europäischen Gasversorgung. Die Bedrohung ist überall, der Untergang ist nah. Stopp!

Das Weltuntergangsszenario, das sich beim Blick auf die Nachrichtenlage fast automatisch einstellt, ist emotional absolut nachvollziehbar. Aber dieses Gefühl einer allumfassenden Bedrohung ist genau das, was ein Diktator wie Putin für seine imperialistischen Pläne erreichen will. Verwirren, verunsichern, Angst in der Bevölkerung stiften ist eine Strategie, die Putin bereits als KGB-Agent in der Ausbildung gelernt hat. Und sie zeigt immer noch Wirkung: Wohl jeder von uns kennt inzwischen die Sorge vor einer ungewissen Zukunft. Doch Angst ist ein schlechter Ratgeber, wer sich von ihr mitreißen lässt, kapituliert vor der eiskalten Strategie, mit der Russland die gesamte freie Welt attackiert. Panik und Proteste, eine Spaltung von Staatenbündnissen, aber auch der Länder und Zivilgesellschaften, ein Zerfall gemeinsamer Werte, jede nur denkbare Schwächung des Gegners sind das Ziel des Diktators.

Die beste Gegenwehr sind Besonnenheit und ein – auch wenn es schwerfällt – nüchterner Blick auf die Lage. Dann zeigt sich der Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines als typischer Terrorakt. Er erreicht maximale Aufmerksamkeit, sorgt für Angst und Schrecken und bleibt in seiner ganz realen Auswirkung äußerst begrenzt. Zwei Pipelines durch die ohnehin kein Gas fließt, wurden beschädigt. So what? Unsere Gasspeicher sind gut gefüllt und füllen sich weiter.

Doch ich will die Lage nicht schön reden: Die Störung eines bisher gut funktionierenden Energiemarktes, explodierende Preise und eine inzwischen alle Bereiche erfassende Inflation sind eine gewaltige Herausforderung für Europa und besonders für das von Gasimporten viel zu abhängige Deutschland. Wir können diese Herausforderung meistern: Der Ausbau alternativer Energien schreitet voran, Einsparpotenziale werden genutzt und neue Lieferquellen erschlossen. Eigentlich bereits abgehackte Formen der Energiegewinnung können als Brückentechnologie wertvolle Beiträge leisten. Das alles wird nicht von heute auf morgen die Krise beenden, gibt uns aber eine gute Perspektive, das Ziel einer stabilen und dabei bezahlbaren Energieversorgung auf absehbare Zeit zu erreichen.

Auf dem Weg dahin gibt es allerdings einen alles entscheidenden Punkt: Wir müssen unser Land, die Wirtschaft, unsere Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger, der sich fragt, wie er alles noch bezahlen soll, über die vor uns liegende schwere Wegstrecke bringen. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Einschnitte, Zumutungen und Belastungen gehen – die wichtigste Aufgabe des Staates ist es dabei, diese Belastungen auf ein zumutbares Maß zu begrenzen. Dazu braucht es allerdings mehr als immer neue Hilfspakete und einen zwischen den Koalitionären endlos hin und her verhandelten Maßnahmenkatalog. In einem Interview habe ich vor einiger Zeit die durch die hohen Energiepreise ausgelöste Situation mit einem Flächenbrand verglichen. In diesem Bild kommt mir die Regierung vor wie eine Feuerwehr, die der über das Land rasenden Feuerwalze hinterherläuft, an jedem neuen Brandherd den Hydranten sucht und sich dann nicht zwischen C-Rohr und Pulverlöscher entscheiden kann.

Seite 1

Bericht aus Berlin

30. September 2022

Keine vernünftige Feuerwehr würde so handeln – und daran sollte sich die Politik ein Beispiel nehmen. Wer versucht, für jede nur denkbare Situation ein passgenaues Maßnahmenpaket inklusive Durchführungsverordnung zu konstruieren, kommt schlicht und einfach zu spät, um noch Erfolg zu haben. Was nützt das beste Hilfsprogramm, wenn Betriebe pleite und Menschen arbeitslos sind, wenn private Haushalte vor dem Nichts stehen? Es nützt so wenig wie eine Feuerwehr, die einen Löschangriff auf ein bereits abgebranntes Haus startet.

Statt immer nur hinterherzulaufen und hektisch auf jeden neuen Brandherd zu reagieren, gibt es nur einen einzigen Erfolg versprechenden Ansatz: Das Feuer muss großflächig gelöscht werden, wir müssen dem Flächenbrand die Nahrung entziehen. Übertragen auf die Politik heißt das: Die Energiepreise müssen runter! Sie sind der Dreh- und Angelpunkt der Krise, an denen der Staat wirksam eingreifen kann. Zur Ehrlichkeit in der Politik gehört, dass wir das – im Rückblick günstige – Preisniveau der vergangenen Jahre auf absehbare Zeit nicht wieder erreichen werden. Was wir aber erreichen können, ist eine zumutbare Belastung, die die Verbraucher zwar fordert, aber nicht überfordert. Der wichtigste Baustein ist dabei Planungssicherheit mit stabilen, langfristig kalkulierbaren Preisen. Wer das Gefühl hat, einer endlosen Preisspirale schutzlos ausgeliefert zu sein, der verliert den Mut. Den Mut zu investieren und den Betrieb fortzuführen, den Mut so zu leben und zu entscheiden, wie man es ohne den Konflikt mit Russland getan hätte. Damit wäre Putin am Ziel: Er wünscht sich einen mutlosen, verzagten Gegner, dem er seine Bedingungen brutal aufzwingen kann. Hier liegt für mich der alles entscheidende Hebel, mit dem die Regierung endlich umsteuern muss: Sie muss die Energiepreise senken, die Verantwortung

für eine verlässliche Perspektive übernehmen und so den Bürgern und Unternehmern den Mut zurück geben, diese schwere Zeit zu überstehen.

Die gestrige Pressekonferenz der Herren Scholz, Habeck und Lindner lässt hoffen, dass die Ampel-Regierung endlich Einsicht zeigt und die Preisspirale bei den Energiekosten grundlegend kappen will. Es bleibt zu hoffen, dass die angekündigten Vorhaben besser umgesetzt werden als die handwerklich völlig vermurkste Gasumlage. Die immerhin soll jetzt - wie von der CDU seit langem gefordert – im eigentlich schon laufenden Umsetzungsverfahren wieder eingestampft werden. Wie gewohnt herrschen bei der Ampel also gesetzgeberische Chaos-Tage. Doch dies ist nicht die Zeit für Animositäten. Wenn die Regierung sich endlich zum Handeln durchringen kann, gilt das Angebot der Union: Wir sind bereit, Ideen und wirtschaftlichen Sachverstand einzubringen, um unser Land bestmöglich durch die Krise zu steuern.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen.
- Stabilitätsunion statt Schuldenunion – Stabilitäts- und Wachstumspakt festigen, fiskalpolitische Disziplin in Europa sichern.

Ihr/Euer
Mark Helfrich



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 27. September 2022

20. WP/ 19

I. Kernbotschaften der Woche

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in der vergangenen Woche sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel wurde vom Gerichtshof ausdrücklich für zulässig erklärt. IP-Adressen sind als digitale Beweismittel gerade bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet unabdingbar. Ohne Speicherpflicht sind diese digitalen Beweise – wenn eine Tat auffällt – vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. In den vergangenen fünf Jahren war das bei mehr als 19.000 Hinweisen der Fall. Das ist ein unerträglicher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor Datenschutz haben. In unserem Antrag **IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen** fordern wir: Bundeskanzler Scholz muss jetzt den Streit im Kabinett beenden und dafür sorgen, dass schnell eine rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen auf den Weg gebracht wird. Dabei soll der laut EuGH zulässige Spielraum ausgeschöpft werden – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der wichtigste Anker für finanzielle Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Um seine Funktionen erfüllen zu können, muss der Pakt durch den laufenden Reformprozess durchsetzungsfähiger werden. Unsere Vorstellungen dafür legen wir in unserem Antrag **Stabilitätsunion statt Schuldenunion – Stabilitäts- und Wachstumspakt festigen, fiskalpolitische Disziplin in Europa sichern** vor: Der Pakt muss auf wenige Grundregeln verschlankt werden, ohne dabei die EU-Fiskalregeln zu verwässern. Für uns ist unabdingbar, dass das 60 %-Ziel zur Staatsschuldenquote sowie das 3 %-Ziel zur jährlichen Neuverschuldung erhalten bleibt. Auch die Zielsetzung eines verbindlichen Schuldenabbaus muss Bestand haben. Zusätzlich sind die Flexibilitätsklauseln klar auf Naturkatastrophen und extreme Wirtschaftskrisen zu reduzieren. Ausnahmen für Investitionen – wie sie immer wieder gefordert werden – würden dem Pakt

einen BärenDienst erweisen: Sie würden Komplexität und Streit anfälligkeit erhöhen und den Pakt damit schwächen. Darüber hinaus setzen wir uns insbesondere dafür ein, die Verfahren zur Durchsetzung des Regelwerks effektiver auszugestalten. Hierzu gehören geringere Ermessensspielräume, eine objektive Überwachung der Einhaltung und ein regelbasiertes Verfahren für die Ausnahmeklausel. Wir dürfen den dauerhaften Zusammenhalt in der EU nicht gefährden und erteilen deswegen allen Plänen zur Vergemeinschaftung von Schulden in der EU eine klare Absage.

II. Die Woche im Parlament

1. Weitere Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

In erster Lesung beraten wir unseren Antrag **Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen**. Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Mit unserem Antrag zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung überarbeiten, WEGs unter die Stromeigenversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

Die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem Antrag **Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen** greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der

Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

Mit unserem Antrag **Bewusste Kaufentscheidungen fördern – Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken** fordern wir bessere Informationen für Verbraucher beim Kauf von Produkten, Dienstleistungen und beim Nutzen digitaler Dienste. Ohne aussagekräftige und verlässliche Informationen können Verbraucher keine bewussten und selbstbestimmten Kaufentscheidungen treffen. Besonders hervorzuheben ist der Vorschlag für mehr Transparenz bei den Kraftstoffpreisen: Die Mineralölunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Preisbestandteile an die Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt zu melden. So kann diese besser einschätzen, ob staatliche Entlastungen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben werden.

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter leisten einen wichtigen Dienst in der Justiz und für die Gesellschaft. Ihr Einsatz ist in der deutschen Rechtsprechung ein wichtiges Element, um die demokratische Legitimation in der Justiz sichtbar werden zu lassen. Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft. Mit unserem Antrag **Schöffengericht reformieren – Richterliches Ehrenamt stärken**, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Schöffengericht modernisiert und mit besonderem Fokus auf die nachfolgenden Punkte anpasst. Insbesondere wollen eine Verbesserung der Freistellungsregelungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in den Blick nehmen, den Kündigungsschutz gemäß § 45 Abs. 1a DRiG verbessern und die Altershöchstgrenze von 70 auf 75 Jahre bei Schöffinnen und Schöffen anpassen.

Gegenwärtig finden im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union Verhandlungen zur Europäischen Verordnung für Künstliche Intelligenz statt. Die Bundesregierung ist über den Rat an den Verhandlungen beteiligt. In den kommenden Wochen und Monaten stehen bei dem EU-Gesetzgebungsvorhaben zentrale Weichenstellungen an. In unserem Antrag **Europäische KI-Verordnung – Raum lassen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit** fordern wir eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich aktiv und mit einer klaren Linie an den Verhandlungen im Rat beteiligt. Interne Streitigkeiten der Ampel-Regierung haben die Festlegung einer Position im Rat seit Beginn des Jahres immer wieder verzögert. Mit der KI-Verordnung muss ein innovationsoffenes Umfeld in Europa geschaffen werden, um im globalen Wettbewerb bei KI bestehen können.

In dieser Sitzungswoche führen wir eine Vereinbarung Debatte zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit unserem Antrag **Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen** legen wir als Unionsfraktion unsere Vorstellungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie dar. Nachhaltiges Wachstum erfordert, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Geschlossene Stoffkreisläufe sorgen für neue wirtschaftliche Potenziale und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Zum einen stehen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit auf der Tagesordnung. Zum anderen haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land. Mit unserem Antrag richten wir deshalb die klare Forderung an die Bundesregierung, auf einen Weg zurückzukehren, der nachhaltige Entwicklung möglich macht.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

Wir beraten mehrere Entwürfe der Bundesregierung mit energiepolitischem Schwerpunkt: Das **Zweite Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes** soll die thermische Abfallverwertung (Abfallverbrennung) ab Januar 2023 mit einer CO₂-Bepreisung versehen. Dies wäre ein nationaler Sonderweg, denn bisher gibt es für Abfallverbrennung auf europäischer Ebene keine solche CO₂-Bepreisung. Die CO₂-Bepreisung belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr zusätzlich. Sie führt zu höheren Müllgebühren. Haushalte mit geringem Einkommen werden dabei überproportional stark belastet. Wir sehen den Entwurf deshalb kritisch. Mit der **Verordnung nach § 26 des Energiesicherungsgesetzes über einen finanziellen Ausgleich durch eine saldierte Preisanpassung** will die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen für eine Vereinfachung des Wechsels von Gas auf andere Energieträger sowie für eine Ausweitung der Stromproduktion aus Photovoltaik und Biogas umsetzen. Mit dem **Vierzehnten Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)**, das wir in erster Lesung beraten, werden Sonderregelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG sowie weitere Verfahrenserleichterungen vorgesehen, wenn das Verfahren in einem Zusammenhang mit der Gasmangellage durchzuführen ist. Hierdurch soll der Brennstoffwechsel in Anlagen ermöglicht und erleichtert werden. Darüber hinaus stimmen wir mit der **Verordnung zur Änderung der**

Gaspreisanpassungsverordnung über Anpassungen bei der Gasumlage ab. Nachdem die Bundesregierung die Umlage in den letzten Wochen gegen unsere begründete Kritik noch massiv verteidigt hat, ist sie nun auf einen kritischen Kurs eingeschwenkt und hat sich unseren Argumenten weitgehend angeschlossen. Wir fordern weiterhin, die Gasumlage unverzüglich aufzuheben.

In erster Lesung beraten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen**. Der persönliche Anwendungsbereich dieses Gesetzes soll alle Personen umfassen, die in ihrem beruflichen Umfeld Informationen über Verstöße erlangt haben. Der sachliche Anwendungsbereich bezieht sich insbesondere auf bestimmte Verstöße gegen europarechtliche Vorschriften, aber auch eine Vielzahl von Verstößen aus anderen Rechtsbereichen. Für hinweisgebende Personen sollen mit internen und externen Meldekanälen zwei gleichwertig nebeneinanderstehende Meldewege vorgesehen werden. Die Pflichten gelten für Unternehmen ab 50 Beschäftigten. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Er geht über die Vorgaben der Richtlinie hinaus. So wird der sachliche Anwendungsbereich auch auf zahlreiche Verstöße in spezialgesetzlichen Rechtsgebieten erstreckt. Hiermit gehen erhebliche zusätzliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft einher, die zu Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen führen können. Der Gesetzentwurf sollte sich daher auf eine 1:1-Umsetzung beschränken und nur Verstöße gegen die in der Richtlinie genannten EU-Rechtsakte erfassen.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 27. September: Gemeinsame Tagung der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern; Schwerpunkt: Kinderschutz im Internet
- 3. Oktober: Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt
- 4. Oktober: MPK mit BK Scholz zum Entlastungspaket III, verschoben vom 28. September

2. Außen/EU:

- 30. September: Sondertreffen der EU-Energieminister
- 2. Oktober: Vorgezogene Parlamentswahlen in Bulgarien, Präsidentenwahlen in Brasilien
- 2. Oktober: Parteitag der Tories in Großbritannien